

# Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

**Er scheint:**  
am 1. Sonntag und  
Feiertage täglich.  
Kostet für das halbe Jahr  
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.  
50 kr., ein Monat 85 kr.  
Mit Befugung in das  
Haus 1 fl.  
Einzeln Nummern 5 kr.

**Mit**  
**Postverendung:**  
**Im Inland:**  
halbjährig 7 fl., viertel-  
jährig 3 fl. 50 kr. 8. 29.  
**Im Ausland:**  
vierteljährig 4 fl. 50 kr.  
Redacteur und Eigen-  
thümer  
**Th. Steinhausen.**

**Abbestellen**  
aller Art werden in der  
Steinhausen'schen Buch-  
druckerei angenommen; für  
Post bezogen dieselben:  
Haasenstein & Vogler,  
Zuf.-Exp., V. Gieselerpl. 1;  
für Wien die Ann.-Bür.:  
A. Oepplik, Stubenbastei  
2, Botter & Co., I. Wiener-  
gasse 13, R. Mosse, Seiler-  
gasse 2; für's Ausland:  
Haasenstein & Vogler in  
Berlin, Hamburg, Frank-  
furt am Main, Basel und  
Paris, Adolf Steiner, Ann.-  
Exp. Hamburg.

Wer einen einpaß-  
tigen Baronsstempel  
haben will, bes. 2. W. 1. 1. 1.  
W. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1.  
W. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1.

**Abonnements-Bureaus:** In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben, Buchhändler; in Schässburg in C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erlar); in Szasz-Reen bei Herrn Adolf Benzler, Kaufmann, in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mühlbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in Maros-Vasarhely in Herrn J. Wittlich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Blatitz bei Herrn M. Haupt, Buchhändler; in Kronstadt bei Herrn Helarich Zeidner, Buchhändler; in Hermannstadt, Unterstadt, bei Herrn Josef Winkler, Kaufmann, Ed. der Bürgergasse; wofür die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

**Nr. 281.** Hermannstadt, Donnerstag am 30. November 1876 **90. Jahrgang.**

### Pränumerations-Einladung

auf die  
**Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.**

In loco: 2 fl. 50 kr. December bis Ende Februar  
Mit Postzusendung: 3 fl. 50 kr.  
— fl. 85 kr. Für den Monat December 1 fl. 20 kr.

**Redaction und Verlag**  
der „Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“  
**Theodor Steinhausen.**

Hermannstadt, 29. November.

Die Klagen über die materiellen Mängel in Ungarn häufen sich immer mehr und gerne schiebt man es den hiesigen Regierungszuständen in die Schuhe, daß Gewerbe und Handel darniederliegen und der Bürger leidend unter der Last der Anforderungen, welche der Staat an seine Steuerkraft stellt, fast erliege.

In der Regel sind solche Klagen verquickt mit einem Hinweis darauf, daß es sonst doch bessere, gesündere Zustände gebe.

Da ist es denn bezeichnend zu sehen, wie es anderwärts im Handel und Gewerbe, um den Aufschwung und die Blüthe materieller Wohlfahrt steht. Sehen wir denn einmal, wie es im Culturstaate par excellence, im Reich der europäischen Mitte steht, in welches vor nicht langer Zeit der Strom der Milliarden sich ergoß. Hören wir ein Organ der dortigen Presse. Das „Berliner Neue Tageblatt“, ein anständigeres Blatt, als viele andere Tagesblätter, bringt zur Kennzeichnung der materiellen Lage in Deutschland unter der Aufschrift: „Vom reichen Staat und vom armen Mann“ nachstehenden Artikel:

„Vor ungefähr sechs Monaten trug der Finanzminister Camphausen im Abgeordnetenhaus ein Exposé über den Abschluß der Finanzverwaltung für 1875 vor, welches allgemein durchsichtig war und die Finanzlage des Staates in so rosigem Licht darstellte, daß in alle Kreise der Bevölkerung neues Vertrauen einzog. Insbesondere erfreute die Thatfache, daß für 1876 ein Betrag von 113 1/2 Millionen Mark zu außerordentlichen Verwendungen vorhanden war. Damals äußerte der Minister, es sei dringend zu wünschen, daß diese Verwendungen nunmehr kräftig erfolgen möchten, er hoffe daß die Ressortchefs die reichen Mittel zum Wohle des Landes verausgaben werden. Ob sich dieser Wunsch des Ministers erfüllt hat, wissen wir nicht. Nur das Eine ist sicher, daß das wirtschaftliche Wohl des Landes den erwarteten Erfolg bisher nicht gespürt hat. Im Gegentheil, Handel und Wandel liegen tiefer darnieder als je, und, ganz abgesehen von den widrigen Naturereignissen, welche fast in allen Provinzen bedeutenden Schaden an Nationalvermögen angerichtet haben, befindet sich noch heute das Privatcapital in einer traurigen Lage, welche wahrlich dadurch nicht befeitigt wird, daß die Lage des Staatshaushalts eine glänzende ist.“

Ein Abtheilungsdirigent einer königlichen Regierung in einer Hauptstadt einer unserer Nachbarprovinzen, nebenbei ein Busenfreund des Herrn v. Mülller, iparte einmal, als bereits durch Minister Falk im Ministerium ein anderer Wind wehte, einige Tausend Mark an der in seinem Bezirk

zur Unterstützung von Elementarlehren bestimmten Summe und berichtete dies triumphierend an seinen Oberpräsidenten, von welchem er indessen statt des erwarteten Dankes eine Klage und die Anweisung erhielt, sofort den Rest seiner weisen Sparsamkeit zur Vertheilung zu bringen. Was soll man nun — um Kleines mit Großem zu vergleichen — dazu sagen, daß die Ressortchefs des preussischen Ministeriums in dem Nothjahre 1875 81 Millionen 600 Tausend Mark, die zur Verwendung in jenem Jahre bestimmt waren, nicht verwendet, also gespart haben? Was wird das Abgeordnetenhaus dazu sagen, wenn im Jahre 1876 von den 113 Millionen die Hälfte wiederum nicht verwendet sein wird? Camphausen selbst drückte vor sechs Monaten seine Verwunderung darüber aus, daß wiederum Millionen des Ueberschusses vorhanden waren, er tabelte nicht unendlich die Sparsamkeit der Ressortchefs, die gerade in einigen ärmeren Provinzen, wo man auf Ausführung längt beschlossener Eisenbahnen wartete, besonders drückend gefühlt wurde.

Die „Weisheit auf der Gasse“ hat für diese Art von Sparsamkeit kein Verstand. Unzweifelhaft wird auch in diesem Jahre die Lage der Staatsfinanzen wiederum befriedigend sein, wenn sich auch schon bedeutende Steuerausfälle bemerklich machen; es wird wiederum ein großer Ueberschuß zur Verwendung „zum Wohle des Landes“ da sein; es wird keine Anleihe nöthig sein und der Herr Finanzminister wird wiederum verkünden können, daß das Vertrauen wiederzukehren anfange. Aber der geheimnißvolle Widerspruch zwischen reichem Staat und armer Bevölkerung wird bestehen bleiben, und man wird leider mehr von der Kunst der prompten Steuererhebung hören, als von der Wirkung des Staatscapitals „zum Wohle des Landes“. Das Vertrauen ist noch lange nicht zurückgekehrt und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob es nicht durch unsere Staatsverwaltung, sondern nur durch eine durchgreifende Reform unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, die das Volk selbst durchführen muß, zurückgeschafft werden würde.

Die bedauerenswerthe Lage fast der gesamten Industrie, des Großhandels, des Bankwesens und der Kleingewerbe würde in anderen Staaten, z. B. in Oesterreich und Frankreich längt den Ruf nach Staatshülfe haben laut werden lassen, wenn nicht die Ueberzeugung von der Verantwortlichkeit derselben in unserer Seele, besonders bei den leitenden Staatsmännern eine zu tiefe und allgemeine wäre. Frankreich hat diese Hilfe nach dem Kriege dem Handel in einem Moratorium, Oesterreich nach dem Kriege verschiedenen Eisenbahnen gewährt. In Preußen dagegen ist man, weil man die Staatshülfe für falsch hält, völlig ablehnend allen Ansprüchen entgegengetreten. Man hat sogar die rigorossten Maßregeln, welche der Staat ergreifen, um alle und jede Verbindung mit dem Grundrathum zu zerschneiden, gekilligt und selbst die Verluste, welche der Staat erlitten, sind mild beurtheilt worden, weil der größte Finanzmann nicht allwissend sein kann und Jrrthum sogar bei Eisenbahn-Prioritäten menschlich ist. Kätere diese Strenge des Staates schwer auf dem Handel und der Industrie, die erfahrungsmäßig stets nach einer Bankenkrisis leiden, so mußte der Staat um so mehr sehen, die bewilligten Summen für gemeinnützige Arbeiten rasch und voll an den Mann zu bringen. Man hätte den sparjamen Ressortchefs den Rath geben müssen, gleich Midas im Pactolus zu baden, um ihr Geld flüssig zu machen.

Eine Bedenken erregende Arbeitslosigkeit gibt sich kund; zu largen Schreibereien bei dem Berliner Magistrat melden sich Tausende, wo ein Handstreich gesucht wird, einen Hunderte herbei, um für den Winter Beschäftigung zu erlangen; viele Tausende von jungen Leuten, die früher beschäftigt waren, liegen Eltern und Verwandten zur Last, in einzelnen Industriezweigen ist es unmöglich, Arbeit zu finden. Für die Tausende, welche arbeiten wollen, würde sich durch umfassende Verwendung reicher — man darf nie vergessen, zur Ausgabe bereits bewilligter — Staats-

mittel Arbeit gefunden haben. Die beispiellose Entmuthigung des Privatcapitals hat außerordentliche gewerbliche Nothstände geschaffen. In solchen Fällen kann und wird der freisinnige Volkswirth es nicht für wirtschaftlich falsch halten, wenn der Staat rascher und umfassender als sonst große Arbeiten, sei es bei Straßen, Eisenbahnen, Canälen oder in den einmal vorhandenen Staatsindustriewerkstätten ausführt, zu denen er berechtigt ist und zu denen die parlamentarische Genehmigung vorliegt. Ja, es ist ein großer wirtschaftlicher Fehler, wenn es nicht geschieht, ein Fehler, der schließlich mit erhöhten Ausgaben für die Zuschußgeber gebüßt wird. Man dürfte sogar eine Anleihe nicht scheuen und niemals wären 100 Millionen, z. B. für Canalzwecke besser zur Verausgabung am Plat als gegenwärtig. Es hat zu keinen Zeiten, selbst als kein gewerblicher Nothstand existierte, für falsch gegolten, für derartige productive Zwecke große Anleihen zu machen. In keinem Lande! Und schließlich lehrt die Volkswirtschaft als Dogma, daß eine solche Anleihe zu nützlichen Zwecken richtiger ist als Steuererhebungen, denn eine Anleihe nimmt das Capital nur da weg, wo es entbehrlich ist, während Steuern es ohne Unterschied von allen Pflichtigen nehmen und dadurch viele in den Betriebsmitteln ihrer Geschäfte beschränken.“

Man sieht, auch dort ist nicht Alles Gold, was glänzt; — die Triumphe der Politik und des Schwertes, welche den Reichthümern oder den Militärschatz fett gemacht haben, nützen dem productiven Elemente der Bevölkerung spottwenig; dasselbe befindet sich in einer traurigen Lage und muß versuchen aus eigener Kraft gegen die Ungunst der Verhältnisse anzukämpfen.

Das ist überhaupt die Parole der modernen Zeit — ihr müßen auch wir in Ungarn gerecht werden, wenn wir aus den tristen Zuständen, welche uns zu erdrücken drohen, gesund uns herausarbeiten wollen.

Also nicht Klagen über die schlechten Zeiten, nicht Vorwürfe gegen die Regierung, welche angeblich Industrie und Handel nicht unterstützt, sondern energisches Aufstehen der Kräfte, fester Mut und redliche eifrige Arbeit und wir werden uns selbst die besseren Zeiten schaffen.

### Feuilleton.

#### Amerikanische Wahlen.

Von Max Morwig.

In den politischen Berichten der täglichsten Zeitungen findet der Streit, welcher jetzt jenseits des großen Wassers die Gemüther aufregt, seinen Wiederhall. So oft eine Präsidentenwahl vor der Thür steht, erfahren wir in Europa, daß in endloser Aufeinanderfolge Versammlungen, Convente, Demonstrationen stattgefunden haben. Heftiger als bei uns, scheint das Ereigniß den Mienenleid der Union zu erschüttern; vor der Wahl muß jedes andere Interesse zurücktreten. Wie eine amerikanische Zeitung während dieser Zeit in die Hand nimmt, muß glauben, daß die Bevölkerung der Vereinigten Staaten auf dem Wege ist, den Verstand zu verlieren. Jedes Ereigniß, und wäre es noch so unbedeutend, wird von Freund und Feind der Forderung der politischen Ansichten nutzbar gemacht. Jetzt ist schon zu einem Dogma geworden, daß das Jahr der Präsidentenwahl ein schlechtes Geschäftsjahr ist. Viel mag dazu beitragen, daß manches Geschäft vernachlässigt wird in der Jagd nach dem Glücke, einem Amte, mehr aber trägt jedenfalls die nicht unbegründete Ansicht dazu bei, daß mit einem Wechsel der Administration auch eine Veränderung des Tarifs eintreten könne, welche den Werth der Waaren ebenfalls wesentlich verändern würde. Der Politiker von Fach allein würde nicht im Stande sein, die große Masse der Bevölkerung in Mitleidenschaft zu ziehen; der einfache Umstand, daß die Niederlage der herrschenden Partei auch gleichzeitig die Amtenentlassung Hunderttausender von Beamten und ihre Ersetzung durch Freunde der siegreichen Partei bedeutet, erklärt zur Genüge die allgemeine Theilnahme. Denn es werden für jeden Posten von jeder Partei ein halbes Duzend Versprechungen gemacht. Eine Million Männer haben bei dem alle vier Jahre stattfindenden Umstürze auf der Lauer,

in der Hoffnung, daß ihnen ein Theil der Beute, ein Amt zufallen würde, und zwar ein „fettes“, wie drüben der landläufige Ausdruck ist.

Indessen wollen wir uns heute nicht mit dem Wesen der amerikanischen Wahlen beschäftigen, sondern mit ihrer „Mache“, mit ihrem Getriebe. Da ist es nun zunächst für denjenigen, welcher sich überhaupt um öffentliche Angelegenheiten bekümmert, in den Vereinigten Staaten leichter, sich bezüglich seiner Parteigehörigkeit klar zu werden, als bei uns in Deutschland. Der Wegweiser am politischen Scheidewege hat dort nur zwei Arme, die Dual der Wahl, der „ombarras de richesses“ der Fraktionen verurtheilt ihm wenig Unbehagen. Wie ich'sf getrennter, sich schaukrads widerstrebenden Programmen, ohne Möglichkeit eines Verständnisses, stehen sich die Parteien gegenüber; „die Weis — die Weiblingen“, ein Mittelweg gibt es nicht. Und diese scharfe Parteilichkeit gilt fast ausnahmslos und namentlich in den Jahren der Präsidentenwahl von diesem bis hinab für's Amt des letzten Constable im kleinsten Dorfe. Nicht die Tüchtigkeit hat zu siegen, sondern die Partei.

Selbst wir uns eine Wahl etwas näher an. Es ist der Vorabend des Wahltages. Als Präsidenschafts-Candidaten stehen sich gegenüber Grant und Greeley, und noch einmal messen sich die feindlichen Herrlager, nicht in großen öffentlichen Versammlungen, sondern in öffentlichen Aufzügen. Wer die meisten Leute im Umzuge aufzuzählen hat, der hat halbgewonnenes Spiel. Schon äußerlich kennzeichnet sich jeder Parteilager. Weil der greise Greeley sein Bekleid einen weißen Fichthut getragen, und weil Grant in seiner Jugend Gerber war, hat die Grant-Partei sich zum Lederumhang bekannt. Außerdem trägt Jedermann eine Fackel in der Hand. Wer nicht in dem einen oder dem andern Zuge mitmarschirt, ist als Zuschauer auf der Straße und brüllt den militärisch geordnet Vorüberziehenden seinen Beifall zu. Schlimm ist's nur, wenn die im Zuge getragenen Transparente, die sich durch die herausforderndsten Inschriften auszeichnen, Mißfallen erregen, oder wenn die Hüte der Gegner die und da auf ihrer Marschroute zusammentreffen. Dann gibt es blutige Kämpfe, eine Kugel zischt wohl durch die Luft, oder aus einem Messer ist

die Klinge abhanden gekommen, die sich wunderbarer Weise im Rücken einer anderen Person wiederfindet. Es ist kaum glaublich, welche Geldsummen für die Spielereien mit den Uniformen und den Fackeln ausgegeben werden. Die ganze Stadt — jede Stadt in der Union — ist militärisch organisiert. Jeder District hat seine Compagnie mit ihrem Capitän, dann geht's in weiterer Entwicklung bis zum Regimente mit Generalen und einem ganz formidablen Stabe. Jeden Abend wird exercirt. Warum soll der Mann nicht für Grant stimmen, wenn er, der ehrsame Käsehändler, dafür drei Monate lang „Herr Lieutenant“ genannt wird? „Capitän, noch eine Weile!“ „Bitte, General, geben Sie mir zwei Häringe, aber fette!“ Das zieht! Und nicht das allein. Die Stadt hat fünfshundert große Bierlocale, und jedes Bierlocal verfügt über ein Duzend Stimmen von Zechbrüdern, die Dank der amerikanischen Unsitte des „Tractirens“ in den Localen ihre Heimat aufgeschlagen haben und ruhig abwarten, bis ein Gast sie zum Mittrinken auffordert. Diese Localen und diese Zechbrüder-Anhängel, werthvolles „voting-cattle“ — Stimmvieh — wie sie ganz offen genannt werden, müssen gefüttert werden. Die kleinen Versammlungen werden also in diesen Kneipen abgehalten, aber streng getrennt nach Parteien. Wer einmal die Republikaner bei sich aufgenommen, der bekommt ganz sicherlich die Demokraten nicht. Jede Partei hat an jedem Abend ein Duzend Versammlungen: es müssen doch eben alle Kneipen versorgt werden. In diesen kleinen Versammlungen geht es überall gleichmäßig her. Den Vorzug führt ein Candidat für's Stadtratamt, seine Schriftführer speculiren auf kleinere Posten. Die Versammlung zählt etwa fünfzig bis sechzig Mann, darunter ein halbes Duzend Bürger, die Uebrigsten junge Leute, Arbeiter u. s. w., die ganz gut wissen, daß es heute Abend „Frei-Bier“ gibt. Wichtig halten auch bald darauf drei Equipagen vor dem Hause. Darin sitzen Congreß-Candidaten, Leute, die sich um die höchsten Aemter bewerben, zugespitzte Jantkes, die unter gewöhnlichen Umständen Jedem für verrückt erklärten, der ihnen zumuthen würde, in ein solches Local zu gehen, die aber seit Kurzem merkwürdig brüderlichen Ansichten kundgeben. Einer nach dem Andern nimmt das Wort. Glimpflich kommt die Gegenpartei nicht fort,

gefucht.  
1877 zu  
3-6

ider,  
ner  
ien,  
edle-  
icum  
mler  
-3

rik

ppen.  
ante für  
welche

17-20

Aviso, Musikalien, gerichtliche Acten.

im  
-10

gezwungen hätte, die Partei des einen seiner zwei engen Allirten gegen den andern zu ergreifen. Versprechungen in solchem Sinne stehen in vollem Widerspruch zu allen Versicherungen offizieller und nicht-offizieller Natur, welche seitens des deutschen Cabinets bisher hieher gelangt sind.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses Rechbauer wurde am 26. d. von Sr. Majestät empfangen. Ueber den Verlauf der Audienz verlornt in Abgeordnetenkreisen: Der Kaiser ließ sich authentische Informationen über die zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause obwaltenden Mißbilligungen erteilen. Der Monarch befragte Rechbauer, ob zwischen den Ministern und der Verfassungs-Partei irgend welche principielle Meinungsverschiedenheiten obwalteten? Als Rechbauer dies nicht bejahte, erklärte Sr. Majestät, daß momentan jede Veranlassung für ihn entfiel, eine Aenderung in den Personen der Räte der Krone eintreten zu lassen. Rechbauer sagte, daß sich die Mißbilligungen darauf beschränken, daß die Regierung ohne Einverständnis mit der Partei den Ausgleich mit Ungarn gemacht habe. Darauf bemerkte der Monarch, daß ja den Abgeordneten die diesbezüglichen Vorlagen noch nicht vorliegen; erst wenn sich herausstellen sollte, daß die Regierung nicht in der Lage sei, diese Vorlage im Hause durchzuführen, werde er eine Entscheidung fällen.

Auf die Bemerkung Rechbauer's, daß das Vorgehen des dalmatinischen Statthalters die Verfassungs-Partei verstimmt habe, und daß diese selbst auch keine Aussicht habe, von dieser Regierung neue concessionelle oder freiwillige Institutionen zu erlangen, meinte der Monarch, er sei mit der Tätigkeit des Cabinets vollkommen zufrieden. Schließlich gestattete der Kaiser auf Anfrage Rechbauer's demselben, den Inhalt der Audienz weiter zu verbreiten.

Ueber den Stand der orientalischen Frage verläutet Folgendes: In Betreff der Gemäßung besonderer Reformen für die drei insurgirten Provinzen sind die Cabineten einig; die Differenzen zwischen Petersburg und London betreffen mehr die Form, als die Sache; während man nämlich in London den Sch. in gewohnter Weise, als bliebe der Pariser Vertrag intact, wenn man auch mit der factischen Verlegung des Artikels IX ebenso einverstanden wäre, wie seinerzeit bei der Libanonfrage, — will England im eventuellen Conferenz-Schlussprotocoll gerade in der Form schärfer als sachlich exact die Abolition des Vertrags constatirt sehen; man würde dies in Rußland als eine Art Satisfaction für die Mißerfolge des Krimkrieges betrachten. Auch in Betreff der Garantiefrage besteht zwischen der englischen und russischen Auffassung keine wesentliche Differenz, nur die Frage bezüglich der Modalitäten der Garantie könnte einen Casus belli bilden. Rußland will die sofortige Occupation, von welcher England und natürlich auch die Türkei nichts wissen wollen. Die aufgelaufenen und auch bereits erörterten Vermittlungs-Vorschläge betreffen theils die Verlängerung der eventuellen Occupation für den Fall, als die Türkei nicht genügende Autorität hätte, die vereinbarten Reformen mittelwweile ins Leben zu rufen, theils die Frage, welche Macht die Occupation bewerkstelligen soll. Inzwischen dieser Vermittlungs-Vorschläge dürfte sich der Punkt finden, bis zu welchem sich auch England mit einer eventuellen Occupation einverstanden erklären konnte.

Fürst Bismarck soll sich, wie man erzählt, sehr anerkennend über die Persönlichkeit des englischen Conferenz-Geandten ausgesprochen und ihm beim Abschiede das allerdings noch eine steifliche Deutung zulassende Wort: „bonne chance“ zugerufen haben. So berichtet man in diplomatischen Kreisen, in denen man, ohne sie ausdrücklich zu dementiren, zu den pressmännlichen Meldungen den Kopf schüttelt, welche aus Anlaß der Anwesenheit des Marquis v. Salisbury die Börsen in obigenener Linie bewegen. Der Marquis hat es seinem feiner Besucher verhehlt, daß er persönlich von den friedlichen Ueberzeugungen des Kaisers Alexander durchdrungen sei und daß er seit entworfenen, in Konstantinopel im Sinne eines friedlichen Ausgleichs der Gegensätze zu wirken. In Berlin hört man mannigfache Zweifel an der Möglichkeit eines Erfolges derartiger Thätigkeit auszusprechen, denn die Frage stellt sich, wie folgt: Rußland legt den Hauptaccent nach wie vor auf die Reformen, die es nur durch eine Occupation der insurgirten Provinzen durch Truppen garantiren zu können glaubt, welche den christlichen Bevölkerungen nicht Gefühle des Hasses und des Abhens einflößen. Dies thäten aber die türkischen Truppen, als die eigentlichen Urheber der Gräueltaten. England aber erblickt in jeder Ausführung dieser Occupation-Idee eine Bedrohung Konstantinopels, die es mit der Einfahrt in die Dardanellen und der Besetzung der türkischen Hauptstadt zu beantworten entschlossen ist.

Das Interesse für die im Jahre 1878 in Paris stattfindende Weltausstellung, zu welcher die Vorbereitungen der französischen Regierung mit aller Energie betrieben werden, tritt auch in den besorgtesten Kreisen der Hauptstadt lebhaft hervor. Einen Beleg hierfür bietet unter Anderem die Thatsache, daß mehrere auf die Ausstellung reflectirende inländische Firmen sich an das französische General-Commissariat für diese Ausstellung in Paris mit einschlägigen Anfragen gewendet haben. Nach den Bestimmungen des Ausstellungsreglements ist es jedoch dem französischen General-Commissariat unterzogen, mit fremden Ausstellern in directen

Der Universitätsvorstand ist der der Corruption, der sich bei den jetzigen Verhältnissen trüben auch ohne Anhaltspunkte auf's Gerathewohl mit gutem Gewissen machen läßt. „Wie gelangt“, brüllte der Redner in dem mit entzündetem Tabakqualm angefüllten Saale, „ich bin nicht hierher gekommen, um Ihnen eine lange Rede zu halten. Wenn Sie aber mit mir Eins trinken wollen“, dann folgt eine bezeichnende Handbewegung zum Wirth, die Menge schreit Hurrah, läßt den Präsidentschafts-Candidaten leben, und der Sprecher verläßt das Vocal, nachdem er einen Jahr-Dollarschein auf den Tisch geschoben. Auf das ihm zukommende Kleingeld verzichtet er großmüthig. Hätte er's nicht, dann wehe ihm, er dürfte seine Hoffnung auf Sieg ruhig aufgeben und zurücktreten, denn er wäre ein geschlagener Mann. (Schluß folgt.)

Notizen.

- (Wem Gott ein Amt gibt!) Ein Hofmann hat einst die Aeußerung: „Wenn ich heute Abend den Befehl bekomme, morgen die Hofapothek zu übernehmen, so werde ich die Apotheke übernehmen, obwohl ich nie eine Abnung von der Pharmatopie gehabt habe. Man kann eben Alles, wozu man ernannt wird.“
- (Näher und Deutlicher.) Sehr hübsch sagt Onkha Freitag in seinen „Münch.“: Ich verglicke den Rufm der Römer mit einem Wasserfall, der einst das Land übergoß und dann in einem Sumpf austrodnete, den Rufm der Deutschen aber mit einem Bergquell, der über die Steine rauscht und seine Fluth in die Thäler treibt.
- (Karbeneckel.) Vor einem französischen Gericht war einst ein Advokat, entgegen dem üblichen Ceremoniel, in schwarzer Binde und weißem Beinleibern erschienen. Der Vorsitzende sagt darauf: „Der A., der Gerichtshof muß Sie erschauen, Ihre Beinleiber um den Hals und Ihre Binde an den Beinen ja tragen.“
- (Ein Verleumdungs-Proceß.) In dem Verleumdungsproceße, welchen die Gräfin Montijo, die Mutter der Kaiserin Eugenie gegen eine Anzahl republikanischer Blätter angestrengt hat, wurde dieser Tage vom dem Justiz-polizei-Gerichte das Urtheil gesprochen. Es wurden der „Courrier de l'Alsace“ und das „Journal du Commerce“ zu je 500 Francs Strafe und 500 Francs Schadenersatz, die „Tribune“ und die „Petite République“ zu je 1500 Francs Strafe und 1500 Francs Schadenersatz, die „Droits de l'Homme“, der „Société“, das „Evénement“ und der „Jubelpendant“ zu je 1000 Francs Strafe und 1000 Francs Schadenersatz, endlich noch sämtliche genannte Journale zur Einrückung des Erkenntnisses in acht Pariser und acht Provinzialblätter verurtheilt.

Verkehr zu treten. Zur Erleichterung aller Arbeiten, welche sich auf die Vertheilung österreichischer Firmen an dieser Ausstellung beziehen, werden ausschließlich, wie die „P.C.“ mittheilt, die österreichische Central-Com-mission für die Pariser Ausstellung des Jahres 1878 in Wien, beziehungs-weise innerhalb des diesfalls festzustellenden Wirkungsbereiches die Zentral-Comitês in den österreichischen Ländern berufen sein, deren Constatirung sofort nach Votirung des für die officielle Vertheilung von der Regierung beim Reichsrathe in Anspruch zu nehmenden Credits stattfinden wird.

Der „National“ glaubt, die Ausöhnung zwischen dem Cabinet und der Kammer-Majorität sei durch die telegraphisch von Marcere anbefohlene Zurückziehung des Ducrot'schen Decrets gegen Civil-Begehren in Lyon erleichtert.

Aus Petersburg wird der Agence Russe telegraphirt, der gegenseitige Eindruck der Pouparslers zwischen Bismarck und Salisbury sei der Erhaltung des Friedens günstig. Die Vereinbarung wird mit Hilfe der Garantie für eine verbesserte Lage der Christen erfolgen. Die Agence erklärt, die Rüstungen seien nicht gleichbedeutend mit dem Kriege. Eine wohlgarantirte Verbesserung der Lage der Christen würde Rußland befriedigen.

Es mehren sich die Meldungen darüber, daß der Zweck, welcher jetzt Cardinale aus allen Theilen der Erde nach dem Vatican geführt hat, kein anderer als die Beschleunigung der Wahl eines Nach-folgers Pius' IX. sei. Freilich war es bisher Gebrauch, daß sich die Cardinale drei Tage nach dem Tode eines Papstes im Quirinal ver-sammeln und dort abgelesen von der Augenwelt blieben, bis die Neuwahl vollständig war. Aber gegenwärtig sind, der ultramontanen Witschall Revue zufolge, die Cardinale entschlossen, mit der vollen Zustimmung Pius' IX. die Wahl des nächsten Papstes vor und nicht nach dem Tode des jetzigen Pontifex vorzunehmen. „Wen immer sie erwählen mögen, das Geheimniß wird unzweifelhaft unverletzt bewahrt werden, und wenn Pius IX. zu den ihm vorangegangenen zweihundert und etlichen Päpsten gezählt wird, wird man den Namen seines Nachfolgers erfahren, aber nicht früher.“ Es ist das zweitemal, daß das Organ Manning's diese Nachricht verbreitet, wozu es offenbar autorisirt sein muß.

Der „Bazaine der slavischen Welt“, Erzgeneral Tschernojeff muß in Petersburg klastertief in Ungnade gefallen sein. Er scheint in der That dort als der allseitige Sündenbock betrachtet zu werden, der daran schuld ist, daß die serbische Milizen-Armee nicht mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen bereits in Konstantinopel eingerückt ist und dem Garen die Schlüssel der Ağa Sophia demüthig zu Füßen gelegt hat. Tschernojeff, vor kurzer Zeit noch als der Retter und Feld der slavischen Sache von allen Zungen des weiten Rußlands gepriesen, erhält jetzt von Petersburg über die russischen Grenzpfähle hinaus noch einen Gnadenstoß, der ihn vollends zerstückelt und „die in völkerrrechtlichen Fragen stets legale Handlungsweise der russischen Regierung rechtfertigen“ soll. General Tschernojeff besitzt kein russisches Vaterland mehr, so demonstrirt man aus Petersburg, denn Tschernojeff ist in den serbischen Unterthanenverband getreten und hat sich nach seiner Königsmacherei in Deligrad geweiht, dem Befehl des Czaren zu folgen und nach Petersburg zur Rechtfertigung zu kommen. „Deshalb sieht die Petersburger Regierung keine Veranlassung, die Anwesenheit eines Generals in ihren Grenzen zu dulden, der, auf dem Schlachtfelde geschlagen, Vorherren auf dem Gebiete politischer Umtriebe zu finden bestrebt war.“ Tschernojeff ist also für Rußland todt, und sein neues Vaterland Serbien wird ihm in Zukunft auch wohl kein freundliches Heim mehr gewähren, seitdem der officielle Bannspruch des Czaren ihn getroffen hat.

Die Publication der türkischen Constitution steht wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen zu erwarten, jedenfalls vor Zusammentritt der Conferenz. Man besorgt jedoch, daß diese Manifestation mit einem Gegencoup Ignatieff's beantwortet oder getreuzt werden würde.

Vom Krieg in Sicht.

Von der „russischen Grenze“ — bekanntlich eine Ortsangabe, unter welcher der „Kugl. Allg. Ztg.“ ein ausgezeichnet informirte: Correspondent schreibt — wird diesem Blatte vom 22. November Fol-gendes geschrieben:

„Der Aufmarsch der russischen Armee hat begonnen und alle an den Eisenbahnen, die sämtlich jeden anderen als den Truppentransport eingestellt haben, gelegenen Städte gleichen großen Kasernen. Ich halte es für überflüssig, Sie — Angesichts der Thatsache, daß wir dem Ein-marsch russischer Truppen auf türkisches Gebiet mit jedem Tage näher kommen — darauf aufmerksam zu machen, daß die pro foro externo erfolgten russischen und englischen Depeschen-Veröffentlichungen nicht im Stande sein können, irgendwelche Verhütung zu bieten. Ich habe Ihnen schon vor einigen Tagen telegraphirt, daß man sich in St. Petersburg der deutschen Neutralität, ja eventuell der moralischen Unterstützung Deutschlands vergewissert hat. Ich kann nun noch hinzufügen, daß man der deutschen Zustimmung zur Occupation Bulgariens durch russische Truppen sicher ist. Dagegen werden die Bemühungen, auch Oesterreich-Ungarn dafür zu gewinnen oder sich dessen zu vergewissern, daß es sich den russischen Anschauungen anschließen, fortgesetzt. In der Unterredung, welche der österreichisch-ungarische Vorkommandant General Langenan gestern mit dem Czar hatte, sprach sich dieser — wie ich von zuverlässiger Seite erfahren — zwar in demselben Sinne wie am 2. d. M. dem Lord Rufus gegenüber sehr freiliebend aus, betonte aber, daß für die Autonomie Würdigen gewonnen werden müssen und daß auch protokollarisch hin-reichend, ja überhaupt bloß schriftliche Zusagen der Pforte Rußland nicht genügen können. Der Czar soll — wie ich höre — in dieser Unter-redung von dem Drei-Kaiser-Bündniß als einer fortbestehenden Allianz gesprochen haben. An die Möglichkeit eines Erfolges der Conferenz glaubt man in den russischen diplomatischen Kreisen so wenig, wie in den deutschen. — Von den anti-russischen Auslassungen des ungarischen Parlaments und der ungarischen Presse ist man in Zarsoje-Selo — wie begreiflich — vorübergehend unangenehm berührt gewesen. Es scheint jedoch durch geeignete Aufklärungen österreichischerseits gelungen zu sein, die Letzteren auf ihren wahren Werth zurückzuführen.“

Ein kaiserlicher Ulas verfügt die Mobilisirung auch der kaukasischen Armee. General Kowik-Melikow wurde zum Com-mandanten derselben ernannt.

Die Lemberger Nachricht von der Einstellung des Personenverkehrs zwischen Podmolytska und Doffa ist unrichtig. Derselbe wurde bloß auf einen Tag reudirt; ebenso unrichtig ist die Nachricht von der Wiederaufnahme des Güterverkehrs, die Militärtransporte waren bloß durch drei Tage unterbrochen.

Rußland versuchte bei einigen Bank-Instituten in Brüssel eine Anleihe abzuschießen, was indeß abgelehnt wurde.

Am 26. d. passirten in Zfanz zwei Krupp'sche Geschütze transito der rumänischen Armee concentrirt ist, befördert werden.

Die meisten fremden Freiwilligen, auch die Officiere begeben sich von Belgrad nach Rußland, wo slavische Legionen gebildet werden sollen. Hieselbst erhalten dieselben von den Belgrader Vertretern des russischen Comitês. General Jach bestirbt sich Diensttag zur Herstellung seiner Gesund-heit über Wien nach Italien.

Die Meldung von dem Verlangen Tschernojeff's, Sitz und Stimme im Ministerrathe zu erhalten, ist trotz der hiesigen Dementis vollständig richtig.

Am 21. d. M. Nachmittags traf die über Anzoweg und Banja reisende Demarcations-Commission mit dem deutschen Vertreter Oberst-lieutenant von Mantey in Deligrad zusammen. Dieselbe, von Widbin kommend, hat die Arbeiten am Timol beendet, der Fluß bildet die Demar-cationslinie. Belist Zoor bleibt in türkischen Händen. Der englische Ver-treter General Rembal steht durchwegs auf türkischem Standpunkte, der-selbe befand sich während des Krieges im türkischen Hauptquartier bei Abdul Kerim Pascha und war militärischer Rathgeber desselben. Die serbische Regierung dürfte protestiren wegen der Zulassung Rembal's in die Positionen. Serbische Vorposten stehen drei Viertelstunden von Deligrad auf der Chaussee nach Alexina. Am 17. ermordeten die Türken zwei serbische Vorposten. Oberlieutenant Mantey, welcher am 21. nach Alexina fuhr, sand noch eine der Leichen, welche eben Hunde benagten. Den Führer der türkischen Escorte nach der zweiten befragend, antwortete derselbe, daß die Hunde dieselbe fortgeschleppt und gefressen haben. Die Commission wird diesen Bruch des Waffenstillstandes streng unter-suchen. In Borna werden große Depots für Munition und Lebensmittel errichtet, mit denen von dort aus die Armee in Bulgarien versorgt werden soll. — In Konstantinopel wurden alle dortigen Schiffseigen-thümer vom Marineminister Ahmed Kaiserli Pascha verständigt, alle ihre Fahrgänge für die Regierung in Bereitschaft zu halten, damit sie in den-selben zu jeder Zeit Truppen nach Borna versenken könne.

Eine Depesche der türkischen Regierung an die Gouvernure der Provinzen fordert dieselben auf, die Ausrüstung der neuen Bataillone für die Armee schleunigst betreiben zu lassen.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Budapest, 27. November. Präsident Koloman Schyecz eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr.

Unterrichtsminister August Trejost unterbreitet den Bericht über den Zustand des öffentlichen Unterrichtswesens. — Wird zur Ver-theilung gelangen.

Es folgt die Tagesordnung. Die Budget-Special-Debatte wird fort-gesetzt. Zuerst gelangt das Budget für Fiume zur Verhandlung. Als Referent fungirt Alexander Hegedüs. Das Budget wird ohne Be-merkung im Sinne der Anträge des Finanz-Ausschusses acceptirt; ebenso das Budget des Staats-Rechnungshofes.

Zum Budget des Minister-Präsidiums nimmt das Wort Franz Bidovics. Derselbe beantragt, das Gehalt des Minister-Präsidenten von 20.000 auf 15.000 fl., die Functions-Zulagen von 12.000 auf 4000 fl. zu reduciren. Er reicht ferner einen Antrag ein, die Gehälter der übrigen Minister von 12.000 fl. auf 9000 fl. zu reduciren, ebenso jenen Beamten, welche über 3000 fl. beziehen, gewisse Percente abzu-ziehen.

Referent Hegedüs spricht sich gegen den Antrag aus, da wir gerade jetzt die fleißigen, intelligenten Beamten am notwendigsten brauchen.

Daniel Franzvi unterstützt den Antrag Bidovics', den er für höchst zeitgemäß findet, da es angesichts der Nothlage des Landes geboten sei, daß die Minister, wenn sie vom Volke hohe Opferwilligkeit fordern, mit gutem Beispiele vorangehen und selbst Opfer bringen. Redner erinnert daran, daß in Italien die Regierung selbst die Herabminderung der Civil-liste beantragte.

Minister-Präsident Tisa bemerkt dagegen, daß das Vorgehen der italienischen Regierung zuerst wohl große Wirkung hervorbrachte, daß aber später die Schulden des Hofes mit dem Dreifachen der damals ersparten Summe bezahlt werden mußten. Zum ersten Theile des Bidovics'schen Antrages will Redner nicht sprechen; was aber den beantragten Abzug von den Beamten-Gehältern betrifft, so sei erst vor Kurzem bei Einführung des Einkommensteuer-Zuschlages nicht ein zwei- oder vierper-centiger, sondern ein fünfpercentiger Abzug erfolgt.

Man habe das Recht, von den Beamten Fleiß und Eifer zu fordern, aber man dürfe die fleißigen Beamten, welche ihre Gehälter redlich verdienen, nicht immersfort erhöhen machen, indem man an ihren Gehältern mäht. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Haus lehnt hierauf den Antrag Bidovics' ab und acceptirt das Budget des Minister-Präsidiums unverändert laut Antrag des Finanz-Ausschusses.

Das Budget des croatischen Ministeriums, sowie des Ministeriums am königlichen Hoflager werden unverändert acceptirt.

Zur Verhandlung gelangt hierauf das Budget des Ministeriums des Innern.

Referent Paul Szontagh empfiehlt das Budget, welches der Finanz-Ausschuß gründlich durchgesehen, zur Annahme.

Daniel Franzvi wünscht vom Minister Aufklärung über zwei von demselben vorgenommene Maßnahmen. Die erste betrifft das Verbot der Constatirung eines katholischen politischen Casinos, die andere die Aufrechterhaltung des königlichen Commissariats im Szörényer Comitai. Ministerpräsident Tisa erwidert, daß das Verbot gegen die Gründung solcher Gesellschaften, welche zugleich religiöse und politische Zwecke verfolgen, vollkommen im Interesse des Staates gelegen und ge-rechtfertigt sei. Man könne es nicht ändern, daß katholisch-politische, ewangeli-sch-politische, israelitisch-politische u. d. Gesellschaften sich bilden, da die Religion mit der Politik nichts zu thun hat.

In Szörényer Comitai mußte die Regierung das königliche Com-missariat weiter bestehen lassen, da es dort an den geeigneten con-stitutionellen Elementen fehle und es im Interesse des Landes liegt, gerade dort eine entsprechende Administration zu besitzen. Auf Vorschlag des dortigen k. Commissars wird dann die definitive Organisirung er-folgen. Uebrigens theilt der Minister dem Hause mit, daß der auf die Szörényer Angelegenheit bezügliche Gesetzentwurf vollendet ist und demnächst dem Hause vorgelegt werden wird. (Allgemeine Zustimmung.)

Daniel Franzvi ist mit dem Minister darüber einverstanden, daß die Gründung solcher religiös-politischer Vereine ungewöhnlich sei, aber es bleibe fraglich, ob man im Sinne des Gesetzes die Gründung der katholischen Gesellenvereine nicht verboten. Betreffs der Szörényer Gesetzentwurf eingereicht werden wird.

Der Präsident macht das Haus darauf aufmerksam, daß man im Zusammenhange stehen, die Frage der katholischen Casino gehöre aber Alexander Csánády muß sein Ertraunen darüber äußern, daß der Präsident die Szörényer Angelegenheit als nicht hierher gehörig bezeichne.

Präsident: Ich habe ja von den katol. Casinos gesprochen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Grat Ferdinand Zichy bemerkt den Ausführungen des Minister-präsidenten gegenüber, daß die Mitglieder der gesetzlich anerkannten Con-ferenzen sich zu Vereinen constituiren und in denselben ihre Angelegen-jachen und Erscheinungen, welche zur Errichtung solcher Corporationen

bringen, unseiner keinem Zweifel u. und Redner emp- verschwinden, we Minister-ich nach dem, m ob wir nun indie Namen für richti kreise der Regier In dem A treten sieht, die, Land werden kan gefesslichen Wirkur Ich überlasse es wenig hat, daß, oder eine serbische (Zustimmung.) Darin lag das Vorgehen de hätte, wird am Abgeordneten jetzt anderthalb Jahre (Weißal im Centre Hierauf w weitere Bemerkun Da kein w Sitzung um 12 Nächste S ordnung: Gehege Budgets des Com

Budapest, 27. November. Präsident Koloman Schyecz eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr. Unterrichtsminister August Trejost unterbreitet den Bericht über den Zustand des öffentlichen Unterrichtswesens. — Wird zur Vertheilung gelangen. Es folgt die Tagesordnung. Die Budget-Special-Debatte wird fortgesetzt. Zuerst gelangt das Budget für Fiume zur Verhandlung. Als Referent fungirt Alexander Hegedüs. Das Budget wird ohne Bemerkung im Sinne der Anträge des Finanz-Ausschusses acceptirt; ebenso das Budget des Staats-Rechnungshofes. Zum Budget des Minister-Präsidiums nimmt das Wort Franz Bidovics. Derselbe beantragt, das Gehalt des Minister-Präsidenten von 20.000 auf 15.000 fl., die Functions-Zulagen von 12.000 auf 4000 fl. zu reduciren. Er reicht ferner einen Antrag ein, die Gehälter der übrigen Minister von 12.000 fl. auf 9000 fl. zu reduciren, ebenso jenen Beamten, welche über 3000 fl. beziehen, gewisse Percente abzugiehen. Referent Hegedüs spricht sich gegen den Antrag aus, da wir gerade jetzt die fleißigen, intelligenten Beamten am notwendigsten brauchen. Daniel Franzvi unterstützt den Antrag Bidovics', den er für höchst zeitgemäß findet, da es angesichts der Nothlage des Landes geboten sei, daß die Minister, wenn sie vom Volke hohe Opferwilligkeit fordern, mit gutem Beispiele vorangehen und selbst Opfer bringen. Redner erinnert daran, daß in Italien die Regierung selbst die Herabminderung der Civil-liste beantragte. Minister-Präsident Tisa bemerkt dagegen, daß das Vorgehen der italienischen Regierung zuerst wohl große Wirkung hervorbrachte, daß aber später die Schulden des Hofes mit dem Dreifachen der damals ersparten Summe bezahlt werden mußten. Zum ersten Theile des Bidovics'schen Antrages will Redner nicht sprechen; was aber den beantragten Abzug von den Beamten-Gehältern betrifft, so sei erst vor Kurzem bei Einführung des Einkommensteuer-Zuschlages nicht ein zwei- oder vierper-centiger, sondern ein fünfpercentiger Abzug erfolgt. Man habe das Recht, von den Beamten Fleiß und Eifer zu fordern, aber man dürfe die fleißigen Beamten, welche ihre Gehälter redlich verdienen, nicht immersfort erhöhen machen, indem man an ihren Gehältern mäht. (Lebhafte Zustimmung.) Das Haus lehnt hierauf den Antrag Bidovics' ab und acceptirt das Budget des Minister-Präsidiums unverändert laut Antrag des Finanz-Ausschusses. Das Budget des croatischen Ministeriums, sowie des Ministeriums am königlichen Hoflager werden unverändert acceptirt. Zur Verhandlung gelangt hierauf das Budget des Ministeriums des Innern. Referent Paul Szontagh empfiehlt das Budget, welches der Finanz-Ausschuß gründlich durchgesehen, zur Annahme. Daniel Franzvi wünscht vom Minister Aufklärung über zwei von demselben vorgenommene Maßnahmen. Die erste betrifft das Verbot der Constatirung eines katholischen politischen Casinos, die andere die Aufrechterhaltung des königlichen Commissariats im Szörényer Comitai. Ministerpräsident Tisa erwidert, daß das Verbot gegen die Gründung solcher Gesellschaften, welche zugleich religiöse und politische Zwecke verfolgen, vollkommen im Interesse des Staates gelegen und gerechtfertigt sei. Man könne es nicht ändern, daß katholisch-politische, ewangeli-sch-politische, israelitisch-politische u. d. Gesellschaften sich bilden, da die Religion mit der Politik nichts zu thun hat. In Szörényer Comitai mußte die Regierung das königliche Com-missariat weiter bestehen lassen, da es dort an den geeigneten con-stitutionellen Elementen fehle und es im Interesse des Landes liegt, gerade dort eine entsprechende Administration zu besitzen. Auf Vorschlag des dortigen k. Commissars wird dann die definitive Organisirung er-folgen. Uebrigens theilt der Minister dem Hause mit, daß der auf die Szörényer Angelegenheit bezügliche Gesetzentwurf vollendet ist und demnächst dem Hause vorgelegt werden wird. (Allgemeine Zustimmung.) Daniel Franzvi ist mit dem Minister darüber einverstanden, daß die Gründung solcher religiös-politischer Vereine ungewöhnlich sei, aber es bleibe fraglich, ob man im Sinne des Gesetzes die Gründung der katholischen Gesellenvereine nicht verboten. Betreffs der Szörényer Gesetzentwurf eingereicht werden wird. Der Präsident macht das Haus darauf aufmerksam, daß man im Zusammenhange stehen, die Frage der katholischen Casino gehöre aber Alexander Csánády muß sein Ertraunen darüber äußern, daß der Präsident die Szörényer Angelegenheit als nicht hierher gehörig bezeichne. Präsident: Ich habe ja von den katol. Casinos gesprochen. (Lebhafte Heiterkeit.) Grat Ferdinand Zichy bemerkt den Ausführungen des Minister-präsidenten gegenüber, daß die Mitglieder der gesetzlich anerkannten Con-ferenzen sich zu Vereinen constituiren und in denselben ihre Angelegen-jachen und Erscheinungen, welche zur Errichtung solcher Corporationen

bringen, unseiner keinem Zweifel u. und Redner emp- verschwinden, we Minister-ich nach dem, m ob wir nun indie Namen für richti kreise der Regier In dem A treten sieht, die, Land werden kan gefesslichen Wirkur Ich überlasse es wenig hat, daß, oder eine serbische (Zustimmung.) Darin lag das Vorgehen de hätte, wird am Abgeordneten jetzt anderthalb Jahre (Weißal im Centre Hierauf w weitere Bemerkun Da kein w Sitzung um 12 Nächste S ordnung: Gehege Budgets des Com

Abhängen, unerschrocken zu nennen, als die Constitution selbst. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Gründung solcher Vereine erlaubt sei und keiner empfindet der Regierung dahin zu wirken, daß jene Ursachen verschwinden, welche zur Constatirung solcher Casinos zwingen.

Minister-Präsident Koloman Tisza: Ich stimme damit überein, daß die Discussion über diese Affaire nicht jetzt am Plage ist; doch muß ich nach dem, was darüber gesagt ward, einige Worte über mein Vorgehen sprechen. Ich glaube, ich muß einen Unterschied machen zwischen dem, was sich nur auf socialem und dem, was sich auf politischem Gebiete bewegen will. Was das erstere Gebiete betrifft, so gehört ein Verein, ob wir nun individuell die Art der Constitution oder den angenommenen Namen für richtig oder nicht richtig halten mögen, nicht zum Wirkungskreise der Regierung.

In dem Moment aber, wo die Regierung eine Tendenz zu Tage treten sieht, die, wenn von allen Seiten unterstützt, zur Gefahr für das Land werden kann, ist es ihre Pflicht, dieser Tendenz gegenüber in ihrem gesetzlichen Wirkungskreise Stellung zu nehmen. (Zustimmung im Centrum.) Ich überlasse es dem Urtheile des geachteten Hauses, ob Ungarn nothwendig ist, daß hier eine katholische, oder protestantische, oder israelitische, oder eine sonstige u. s. w. National-Kirchenpolitik vorhanden sein soll? (Zustimmung.)

Darin lag das Motiv, von welchem ich mich leiten ließ; daß aber das Vorgehen der Regierung kein solches war, das Defens hervorgerufen hätte, wird am besten daraus ersichtlich, daß das, wovon die Herren Abgeordneten jetzt sprechen, nicht vor einigen Wochen, sondern bereits vor anderthalb Jahren geschah und keinerlei Bewegung hervorgerufen hat. (Beifall im Centrum.)

Hierauf wird das Budget des Ministeriums des Innern ohne weitere Bemerkung nach dem Antrage des Finanzausschusses acceptirt. Da kein weiterer Gegenstand auf der Tagesordnung steht, wird die Sitzung um 12 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr Vormittags. Auf der Tagesordnung: Gesetzentwurf über die Comitats-Verwaltungskosten, dann die Budgets des Communications- und des Handelsministeriums.

**Ungarn.**

Budapest, 27. November. Der päpstliche Internuntius Erzbischof Jacobini ist wie „Magyar Allam“ meldet — gestern Nachmittag hier angekommen und hat als Gast des Cardinal-Primas sein Absteigquartier im Diner Primatial-Palais genommen. Der Episkopat wurde heute Mittag vom Internuntius empfangen. Die hier versammelten Bischöfe waren heute von Sr. Eminenz dem Cardinal-Primas Primas zum Diner geladen.

Der ungarische Episkopat hält — wie „Magyar Allam“ mittheilt — jüngsten Samstag im Diner Primatial-Palais unter Vorsitz des Cardinal-Primas seine erste Conferenz; gestern, Sonntag, fand die zweite Berathung statt. Gegenstände der Conferenz sind neben katholischen Schulangelegenheiten noch andere wichtige Fragen.

Der Finanzminister hat dem Reichstage einen Gesetzentwurf unterbreitet, welcher die Ertheilung von Nothstandsanleihen aus Anlaß der vom Hochwasser im letzten Frühjahr angerichteten Schäden betrifft. Mit solchen Anleihen werden befreit: die Stadt Segedin mit 70,000 fl., die Mindzent-Apátsfalvaer Theißregulirungs-Gesellschaft mit 20,000 fl., das Comitats Komorn mit 40,000 fl., die Bodrogyfözer Theißregulirungs-Gesellschaft mit 50,000 fl., die Theiß-Flußbau-Gesellschaft des Torontáler Comitats mit 40,000 fl., die Szabolcs-Flußbau-Theißregulirungs-Gesellschaft mit 50,000 fl., endlich die Regulirungs-Gesellschaft für die untere weiße Körös mit 10,000 Gulden; zusammen betragen die Darlehen 280,000 fl. und dieselben werden in Form eines Kautions-Credits für 1876 der Regierung zur Verfügung gestellt.

Wien, 27. November. Nach der „Börse-Correspondenz“ bestände der Zweck der Hieherreise des Finanzministers Szell darin: acht Millionen Eisenbahn-Obligationen aus dem Besitze der ungarischen Staatsverwaltung zu lombardiren.

Hofrath Tischenberg und Generalconsul Baron Calice erhielten Rang und Titel außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister. Letzterer begibt sich nächster Tage auf seinen Posten zurück und dann als zweiter Bevollmächtigter Oesterreich-Ungarns zur Conferenz. Baron Calice soll für den vacanten Sectionschef-Posten im auswärtigen Amte in Aussicht genommen sein.

Wien, 27. November. Die Antwort der Nationalbank wurde mittelst Note beiden Regierungen mitgetheilt. — Die österreichische Regierung wird der ungarischen Aufklärungen über die heutige Partei-Conferenz geben.

Die Aufnahme der Erklärungen des Cabinets in Parlamentskreisen ist eine getheilt, im Allgemeinen aber keine ungünstige. Die Linke dürfte sich angesichts der bevorstehenden neuen Veranordnungen Reserve aufwerfen. Die Regierung sprach sehr decisiv. Die Antwortnote der Bank an die Regierungen wird für morgen gewärtigt. Die Regierungen werden wahrscheinlich unter Fixirung eines Termins die Bank zur Aufstellung von Gegen-Propositionen auffordern.

Bei Vorjenschluss wirkte die Kaiserin beruhigend, der Kaiser habe dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses erklärt, er habe keinen Grund, mit dem Ministerium unzufrieden zu sein.

Die Conferenz zwischen Salisbury und Andrássy soll der Feststellung des Begriffs „administrative Autonomie“ gegolten haben. Anscheinend besteht diesbezüglich eine Divergenz zwischen beiden Cabineten. Nach gegenständlicher Aufklärung werden beide Regierungen bei der Conferenz conform vorgehen.

In Folge der Combination einer Besetzung der türkischen Balkan-Provinzen ist die Krisis acuter wie zuvor. Die Conferenz wird schon jetzt für aussichtslos erachtet, da die Fforte erst dieser Tage kategorisch jede Occupation von Theilen ihres Gebietes als Kriegserklärung auffassen zu wollen erklärte.

Wie leicht erklärlich, ist die Mission des Marquis v. Salisbury der Gegenstand lebhafter Combinationen geworden. Unter den mehr oder weniger angeleglichen Berichten über den Charakter dieser Mission wird der nachstehende Vossus eines Referats der „Berliner Bürger-Zeitung“ als correct bezeichnet. Es handelt sich dabei um eine Besprechung, welche der Correspondent des Blattes mit Mr. Stafford Northcote, Secretär des Marquis v. Salisbury, gehabt. Der Genannte sagte, daß, obgleich er nicht autorisirt wäre, im Namen Lord Salisbury's zu sprechen, er sich doch ermächtigt fühlte, zu constatiren, daß die Absicht der britischen Regierung, indem sie eine Conferenz in der orientalischen Frage vorschlug, lediglich eine friedliche sei. Ferner notirt der Gewährsmann des Blattes als Aeußerung Northcote's:

England hat keine feindlichen Intentionen gegen Rußland und ist aufrichtig von dem Wunsche befeßt, mit ihm zu einem Einverständnis zu kommen über alle in Frage stehenden Punkte der orientalischen Angelegenheiten. England wird eine ruhige und leidenschaftlose Aufmerksamkeit auf jeden Vorschlag richten, den das russische Gouvernement in Bezug auf die Verbesserung der Lage der christlichen Unterthanen der Fforte zu machen für geeignet findet. Die englische Regierung vertraut zuversichtlich auf die wohlwollendsten feindlichen Gesinnungen des Czars und auf die Einsicht der russischen Regierung, daß dieselbe die schreckliche Katastrophe eines Krieges zu vermeiden wissen wird. Mr. Northcote sagte, er sah sich vollkommen autorisirt, in jeder Hinsicht irgend welche kriegerische

Abzichten auf Seiten des britischen Gouvernements scharf in Abrede zu stellen; Englands ernstester Wunsch sei auf die Erhaltung des Friedens gerichtet.

In Bezug auf den Besuch des Marquis v. Salisbury in Berlin sprach er sein Vertrauen dahin aus, daß dieser Besuch von Deutschland als ein Zeichen aufgefaßt werde von dem herzlichen Einverständnis, welches England schlichtlich wünscht mit dem deutschen Reiche aufrechtzuerhalten. Das britische Gouvernement hätte nicht die Absicht, ein Mittel zu suchen, durch welches das Band gelockert werden könnte, welches Deutschland mit Rußland verbindet; aber es sei klar geworden aus dieser Freundschaft, welche zwischen den beiden Mächten (Rußland und Deutschland) besteht, daß keine Stimme richtungsvoller in der orientalischen Frage sein könne, als die Deutschlands, um Ausfluß von den guten und friedlichen Absichten Großbritanniens zu überzeugen. Mr. Northcote fügte hinzu, wie er zuversichtlich hoffe, daß die Zusammenkünfte, welche Lord Salisbury mit dem Fürsten Bismarck gehabt habe, das in diesem Sinne stizirte Resultat zuwege bringen würden, und er schloß mit der Versicherung, daß er im nächsten Maße der Meinung sei, daß eine friedliche Lösung der orientalischen Frage noch erhofft werden könne.

Magusa, 27. November. Die Demarcations-Commissäre sind heute mit dem Kanonenboot „Möde“ in Antivari eingetroffen. Dieselben segten mit dem türkischen Kriegsdampfer „Aspr“ die Reise nach der Bojana-Mündung und von dort mit einem Flußdampfer nach Scutari fort.

**Ausland.**

Madrid, 26. November. Der Congress verwarf mit 183 gegen 60 Stimmen den Antrag Sagastia's, welcher die Erklärung enthielt, daß die Regierung den Verfassungs-Artikel über die religiöse Frage schlecht interpretirt habe.

Paris, 26. November. Das XIX. Siecle meldet, General Lesclapart sei Dienstag nach einer Audienz beim Czar nach Paris, werde aber hier nur kurze Zeit verweilen.

Weniger Blätter halten — wiewohl sie der mutpoollen Rede Dufaur's Beifall zollen — dessen Rücktritt für unvermeidlich, nachdem die Majorität der Kammer derartige Ideen, wie sie der Minister-Präsident darlegte, nicht annehme.

Brüssel, 27. November. Dem „Nord“ zufolge theilte die Fforte den Großmächten die neue türkische Verfassung mit. Bei der Besprechung des Vorschlags der Türkei: Aufschub für die Ausführung der vorbestimmten Reformen zu gewähren, bemerkt „Nord“: ein derartiger Vorschlag sei unzulässig, da Europa gegenwärtig wisse, was es von den Reformen der Türkei zu halten habe.

Rom, 26. November. Der „Verfiagiere“ dementirt die Behauptung eines Correspondenten der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, wonach der König sein Bedauern über die Ergebnisse der Wahlen, besonders über die Nichternennung Visconti-Venosta's, ausgesprochen hätte.

Washington, 27. November. Ueber Verlangen des Gouverneurs von Sü-Carolina wies der Präsident den Kriegsminister an, den Gouverneur mit Bundes-Truppen gegen die Aufständigen zu unterstützen. — Die Legislation Sü-Carolinas tritt am 28. d. zusammen.

**Vocal- und Tagesnachrichten.**

Her mannshat, 30. November.

— St. I. und I. apostolische Majestät gerühten allergnädigst der Legation gr.-or.-romänischen Kirchengemeinde zur Beschaffung deren Kirche aus der allerhöchsten Pensionsliste 150 fl. zu spenden.

— Die Statuten des Dieser freiwilligen Feuerwehr-Vereines sind vom Ministerium des Innern unter Zahl 50221 L. 3. mit der Einreichungs-Klausel versehen worden.

— (Militärisches.) Genannt werden: zu Cadeten: Julius Rinczi, Unter-Kanonier des 8. Feld-Reg. Nr. 23, Feld-Bücher-Bat.; Baron Gabriel Bornemisa, des 2. Inf.-Reg., im Regimente, Franz Ludwig, Zugführer des 8. Feld-Reg., im Regimente.

— (Zu verlesen sind) mit Beginn des Schuljahres 1876/7 an röm.-kath. Schulen, welche die erste Gymnasial- oder Realchule aus allen Unterrichtgegenständen mit Vorzug abolvirt haben, 15 Diner, 2 Waagner, dann 2 Diner-Waagner-Maria Theresianische oder Avarial, ferner 1 Verdienst- und 1 Kobur-Spenden von je 120 fl. jährlich, weiters 2 Sündens- und ebenso viele Lippay-Spenden zu je 120 fl., ein May-Joosly-Spendium zu 90 fl., ein Linnov-Spendium zu 150 fl. und zwei Adamovits-Spenden zu je 70 fl. jährlich. Gesuche sind an die betreffenden Schulbehörden bis 15. bezugungswelche 20. December L. J. zu legen.

— (Unverschämter Gauner.) Im Laufe des gestrigen Vormittags erschien im Franciscanerhofe ein „Herr“ vom Cole in Cypern und auch sonst sichtlich gekleidet und theilte der Frau des dort wohnenden Zeitungsaussträgers mit, dieser habe ihn geschickt, den neuen Winterrod deßus Ausbesserung der Tajken abzuholen. Die Frau, nichts Arges ahnend, öffnete den Kleiderschrank, um den verlangten Winterrod herauszunehmen und dem „Herrn“ zu übergeben. Inzwischen hatte der freche Schurke eine Taschenlupe an der Wand bemerkt; da es ihm auch nach dieser gelüftete, sagte er der Frau, er habe von ihrem Manne den Auftrag, auch die Uhr zu übernehmen und denselben zu überbringen. Jetzt erging es dem Spitzbuben wie dem Hund in der Fabel, welcher mit dem Bissen im Maul nach dessen Schatten im Teiche schnappte. Die Frau wußte, daß ihr Mann eine andere Uhr bei sich trage; sofort war es ihr klar, daß sie einen schamlosen Betrüger vor sich habe, sie eilte zur Thüre und schrie um Hilfe, doch der Schuft stieß sie zur Seite und entfloß. Vielleicht wird eine genaue Personbeschreibung auf seine Spur leiten. Möge dieser Fall den Hausfrauen zur Warnung dienen, ohne schriftliche Bestätigung ihrer Angehörigen unbekanntem Leuten die Ausfolgung von Werthgegenständen zu verweigern. Selbstverständlich ist hierbei, daß die Handschrift des Auftraggebers bekannt sein muß, da jeder Gauner sich sonst den Fitteln selber schreiben kann.

— (Selbstmord.) In Klausenburg hat sich die Tochter eines Eisenbahnarbeiters mit Phosphor-Aufstellung vergiftet.

— Der k. ung. Postofficial Anton Gabor hat ein, 118 Seiten umfassendes populär gehaltenes Werkchen herausgegeben, in welchem sehr nützliche Fingerringe für das correspondirende Publicum bezüglich der beim inneren und äußeren Postverkehr bestehenden Manipulation enthalten sind. Das erwähnte Werkchen (Posta-Kalazar) kostet 50 kr.

— (Kronstadt-Bojoten-Bahn.) Der Unternehmer Gregerson hat die Arbeiten auf der genannten Strecke vor zwei Monaten begonnen und ist mit denselben erheblich fortgeschritten. An mehreren Stellen sind die Gräbenarbeiten in Angriff genommen, die meiste Thätigkeit wird

jedoch beim Tunnel entwickelt, wo täglich 800 bis 900 Arbeiter beschäftigt sind. Der Tunnel soll eine Länge von 90 Klaftern haben; die Einbruchsöffnungen sind an beiden Enden begonnen worden; die Bodenverhältnisse haben sich bisher als gut erwiesen. Herr Gregerson leitet die Arbeiten mit Geschick; von Seite der Regierung übernahm Oberingenieur Perczel die Arbeiten; trotzdem wird die Strecke zur festgesetzten Zeit dem Verkehr nicht übergeben werden können, weil längs der Prachova auf rumänischer Boden ungeheure Hindernisse zu beseitigen sind.

— (Jogara'scher Stillleben.) Am 23. d. erschien, wie ein Klausenburger Blatt schreibt — bei der Jogara'scher Polizei der Unter-Steuercommissär Franz Balargi und erklärte, daß er, nachdem er von dem Waisenstuhl-Präses Moricz Kapocskanyi wiederholt mündlich und schriftlich angegriffen worden, hinfort einen selbstschützigen Revolver bei sich tragen werde, um gegen weitere Angriffe sich schützen zu können. Die Polizei unterrichtete hieron Kapocskanyi, der es wahrheitsgemäß nicht darauf ankommen lassen wird, sich persönlich davon zu überzeugen, ob der Steuercommissär wirklich einen Revolver bei sich führt.

— (Die Anhänger der Feuerbestattung.) Legen durchaus nicht die Hände müßig in den Schoß. Nicht allein, daß sie wo nur möglich Vereine errichten und sich in der Schweiz sogar ein „Correspondenzblatt“ zur Förderung ihrer Sache gegründet haben, sie sind auch fort und fort bemüht, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Und das mit wunderbarem Erfolge! So hat nach dem „Journal de Toulouse“ Professor Desens eine Erfindung gemacht, welche bestimmt ist, die Leuten zur Aufbewahrung verbrannter Menschen überflüssig zu machen. Der genannte Naturforscher nimmt die erhaltene Asche, zerkleinert dieselbe in einem Mörser von Bismutmetall, feuchtet sie hierauf mit einer kleinen Quantität Wasser an und setzt das so erhaltene Präparat in der hydraulischen Presse einem ungeheuren Druck aus. Die Asche erhärtet alsbald zu einem festen marmorartigen Stein von großer Größe, auf den Name, Datum des Todes, ein Nachruf und dergl. mehr mit unaussprechlicher Dinte geschrieben werden können. Auch lassen sich Porträts der Verlebten in Bronze schneiden, die als Medaillon dienen zur Erinnerung an die Verlebten, die man an einer Kette um den Hals tragen oder als Brustnadel vorsteden kann. Diese letztere Art der Verwendung von Leichenasche dürfte eine große Zukunft haben, da sinnigere und werthvollere Familiengeschenke kaum zu denken sind, als die tragbaren Porträts geliebter Verstorbenen, aus ihrer eigenen Asche angefertigt.

**Telegramme.**

Budapest, 29. November. (Tel. des Corr.-Bur.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte Gelfy eine motivirte Interpellation an die Regierung ein, ob sie von den Anklagen gegen den derzeitigen Statthalter Dalmatiens, Feldzeugmeister Baron Gabriel Rodich, Kenntniß habe und ob die Anklagen begründet seien oder nicht?

Wien, 30. November. (Von unserem Special-Correspondenten.) Den Gesandtschaften ist die Nachricht zugegangen, daß Synaieff Instruction erhielt, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, wenn die Fforte de Occupation ablehnt.

Petersburg, 29. November. (Tel. des Corr.-Bureau.) Lord Salisbury wird in Berlin und Wien die Gewißheit erlangt haben, daß in den intimen Beziehungen der drei Kaiserhöfe keine Aenderung eingetreten ist und daß Rußland nur aus Rücksicht für Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit seinen letzten Schritten bisher zurückhielt. Rußland wird auf der Conferenz bestimmt erklären, daß die türkische Verfassung unäusweisbar und daß die Autonomie sicherzustellen sei; hierzu sei die Occupation erforderlich und es stehe den anderen Mächten frei, sich an der Occupation zu betheiligen; wenn es nicht anders geht, muß Rußland executorisch vorgehen; wenn die Türkei jeden Vorschlag bezüglich der Sonderstellung der insurgirten Provinzen zurückweist und dagegen protestirt, so nehme Rußland solchen Protesten gegenüber Stellung.

Sonntag den 3. December 1876:  
Zu Gunsten der Orchesterschule  
im städtischen Theater  
Concert der städtischen Capelle  
unter gefälliger Mitwirkung des Fräuleins Ernestine v. Schwartz, des Herrn Victor v. Heldenberg und einiger Herren Dilettanten.  
Preise der Plätze: Eine Loge im I. Rang 3 fl., eine Loge im II. Rang 2 fl., eine Loge im Parterre 2 fl. 50 kr., Sperrplatz 50 kr., Stich-Parquet 40 kr., Parterre-Entrée 35 kr., Galerie 20 kr.  
Karten zu diesem Concert sind zu haben bei Herrn Franz Michaelis, Buchhändler am kleinen Ring und Abends an der Cassa. Das Theater wird von Samstag den 2. December an geheizt werden.

Interessant  
ist die in der heutigen Nummer unserer Zeitung sich befindende Skizze. Einige von Samuel Gedtscher sen. in Hamburg. Dieses Buch hat sich durch seine prompte und werthvolle Aufklärung der hier und in der Umgegend gewonnenen Beiträge einen dermaßen guten Ruf erworben, daß wir Jedem auf dessen heutiges Interat schon an dieser Stelle anzuempfehlen machen.

Fremdenliste.  
Vom 29. November 1876.  
Hotel Neuröhrer. Adolf Bester, Reichenberg, von Wien; A. Frosch, Agent, von Klausenburg; Andreas Schachofsky, von Bruck an der Leitha.  
Mediascher Hof. Johann Stanner, gr.-or. Harzer, von Nagyaros; G. Eichner, Kaufmann, von Kofisch.

Telegr. Wiener Cours vom 29. November 1876.

5% Metalliques	60.95	Lemmerz. Grundentlastungsböhl.	71.75
5% mit Rai- u. Nov.-Zinsen	—	Siebenb.	73.75
5% National-Anleihen (Silber)	66.60	Kroat.-Slab.	85.—
1860-er National-Anleihen	107.50	Silber	113.—
Bankactien	826.—	R. L. Mühl-Druckerei	6.3
Creditactien	139.50	Napoleon'sor	10.12
Sonst.	226.80	100 Part Deutsche Reichsbahn	62.30
u. z. Grundentlastungsböhl.	73.75		

